

# TE Vfgh Beschluss 1998/3/6 B2692/97

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 06.03.1998

## Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

## Norm

VfGG §17 Abs2

VfGG §18

ZPO §30 ff

## Spruch

Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

## Begründung

Begründung:

Die Beschwerde richtet sich gegen den Bescheid der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland vom 14. Oktober 1997, Z RV/0734-08/09/97.

Mit Schreiben vom 23. Jänner 1998 - zugestellt am 2. Februar 1998 - erging gemäß §18 VfGG unter Hinweis auf die Säumnisfolgen die Aufforderung des Verfassungsgerichtshofes, innerhalb von zwei Wochen gemäß §17 Abs2 VfGG iVm §35 VfGG und §30 ZPO eine Bevollmächtigung durch K K nachzuweisen. Der Beschwerdevertreter berief sich in einer dazu abgegebenen Stellungnahme abermals nur auf eine Vollmacht der Österreichischen Hochschülerschaft, die ihrerseits eine Vollmacht der Beschwerdeführerin besitzt.

Da die Frist solcherart ungenützt verstrichen ist, ist die Beschwerde gemäß §19 Abs3 Z 2 litc VfGG wegen nichtbeobachteten Mangels formeller Erfordernisse ohne weiteres Verfahren in nichtöffentlicher Sitzung zurückzuweisen.

## Schlagworte

VfGH / Formerfordernisse, VfGH / Mängelbehebung, VfGH / Prozeßvollmacht, Vollmacht

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1998:B2692.1997

## Dokumentnummer

JFT\_10019694\_97B02692\_00

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)